

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion

Vom organisatorischen Chaos ins finanzielle Desaster? Transparenz über den wirtschaftlichen Schaden für das Land Berlin durch Vergabepraxis des LAGeSo herstellen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zu beziffern, welchen finanziellen Umfang das im Bericht der externen Wirtschaftsprüfer als nicht ordnungsgemäß beschriebene Verwaltungshandeln in Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung hat. Des Weiteren ist darzustellen, welcher finanzielle Schaden dem Land Berlin durch nicht ordnungsgemäße Vergabe von Bauleistung, Projektsteuerung und Betrieb von Flüchtlingsunterkünften sowie durch unsystematische und lückenhafte Aktenführung, mangelhafte Vertragsausgestaltung, fehlendes Controlling und die Zahlung von „Liquiditätshilfen“ an Heimbetreiber entstanden ist – ggf. auch näherungsweise.

Darüber hinaus ist deutlich zu machen, welche Maßnahmen eingeleitet wurden und werden, um innerhalb welcher Fristen von welchen Betreibern zu Unrecht gezahlte Mittel zurückfordern zu können.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2015 zu berichten.

Begründung:

Seit dem Jahr 2012 ist die Zahl der Flüchtlinge, die im Land Berlin Schutz suchen, deutlich gestiegen. Dennoch hat Senator Czaja es versäumt, rechtzeitig Vorsorge zu treffen und die Planung der Unterkunftskapazitäten an den mittel- und langfristigen Bedarf anzupassen. Dadurch hat sich die Unterbringung von Asylsuchenden zu einem lukrativen Geschäftsmodell entwickelt. Senator Czaja hat der deutlich teureren Sammelunterbringung Vorrang vor der Vermittlung in eigenen Wohnraum eingeräumt. Und obwohl die Kosten für die Sammelunterbringung in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind, hat Senator Czaja die Standards in

der Flüchtlingsunterbringung abgesenkt und Schutzsuchende in provisorischen Notunterkünften und sogar Turn- und Traglufthallen untergebracht.

Der Bericht der externen Wirtschaftsprüfer bestätigt die schwerwiegenden und seit langem bekannten Mängel in der Berliner Flüchtlingsunterbringung. Im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) sind Millionensummen unkontrolliert an Heimbetreiber geflossen. Die Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales hat nicht funktioniert, und die recht- und ordnungsgemäße Aufgabenerledigung des LAGeSo bis Dezember 2014 nicht kontrolliert. Senator Czaja ist seiner politischen Verantwortung nicht gerecht geworden.

Der Bericht der externen Wirtschaftsprüfer stellt fest, dass der dem Land Berlin entstandene Schaden in denjenigen Fällen sofort zu beziffern ist, „in denen Rückforderungs- oder Minderungsansprüche nicht verfolgt, Überzahlungen nicht zurückgefordert, Zinsen bei ‚Liquiditätshilfen‘ nicht berechnet, überteuerte (Bau-)Leistungen vergütet und Doppelzahlungen nicht korrigiert werden“. Darüber hinaus kann im Rahmen einer zusätzlichen Prüfung eine wirtschaftliche Schadensschätzung erfolgen, indem „retrospektiv Alternativangebote simuliert werden“, um zu ermitteln, „dass im Falle einer Ausschreibung in der konkreten Situation ein günstigerer Preis erzielbar gewesen wäre.“

Der Senat muss daher Transparenz über den wirtschaftlichen Schaden für das Land Berlin durch das nicht ordnungsgemäße Verwaltungshandeln herstellen.

Berlin, den 23. Juni 2015

U. Wolf Dr. Albers Breitenbach Dr. Schmidt
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Pop Kapek Bayram
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Delius Herberg Reinhardt
und die übrigen Mitglieder der
Piratenfraktion